



Stoppt die AfD!

Unsere Alternative heißt
soziale Gerechtigkeit

DIE LINKE.

Inhalt

Vorwort	5
1. Eine kurze Geschichte der AfD	6
2. AfD: Sammelbecken für Rassisten und extreme Rechte	8
Rassismus und Nationalismus als politischer Kitt.....	8
Krise, Krieg und Rassismus	9
Neofaschisten in der AfD	10
3. »Nicht links, nicht rechts, sondern vorn«	12
4. Faktencheck: Wie die AfD lügt	16
Mythos: AfD als Partei der kleinen Leute	16
Mythos: Die AfD steht gegen die Selbstbedienungsmentalität der Parteien	17
Mythos: Die AfD will »die Demokratie wiederherstellen«	18
Mythos: Es kommen zu viele Flüchtlinge	19
Mythos: Deutschland ist mit den Flüchtlingen überfordert	20
Mythos: Viele Flüchtlinge sind kriminell	21
Mythos: Mit den Flüchtlingen steigt die Gewalt gegen Frauen ...	22
Mythos: Deutschland droht eine Islamisierung	23
Mythos: Der Islam ist gewalttätig	24
Mythos: In Deutschland herrscht eine Gender-Ideologie	26
Mythos: Die AfD ist für Frieden und Ausgleich	27
Mythos: Der Klimawandel ist nicht vom Menschen gemacht	28
5. Wie wir die AfD stoppen können	30
Keine Verharmlosung	30
Gemeinsam und entschlossen gegen Rassismus	31
Für eine solidarische Alternative	32

Vorwort

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) ist in die Mehrzahl der Länderparlamente und in den Bundestag eingezogen. Damit sitzt nun das erste Mal seit Jahrzehnten eine extrem rechte Partei im Bundestag. Diese Entwicklung ist Teil eines grenzübergreifenden Trends: In vielen Ländern müssen wir inzwischen den Aufstieg einer extremen Rechten miterleben, die weit in die bürgerliche Gesellschaft ausstrahlt.

Die AfD ist keineswegs die einzige politische Kraft, die den Rechtsruck und den Anstieg des Rassismus in Deutschland mit vorantreibt und davon profitiert. Aber sie ist Sammelbecken und Kristallisationspunkt der erstarkenden Rechten.

Diese Broschüre zeigt, woher die AfD kommt und wer sie heute ist. Zudem liefert die Broschüre Zahlen, Daten und Fakten, die die rassistische Hetze gegen Geflüchtete, Muslime und andere entlarven, sowie ihre Rhetorik gegen »Denkverbote«, »Eliten«, »Selbstbedienung«, »Klimawandel« und für Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden als Lügen enttarnt.

Sie leistet einen Beitrag, die gesellschaftlichen Prozesse hinter dem Aufstieg der AfD zu verstehen und Wege aufzuzeigen, wie wir die brandgefährliche Partei und den Rechtsruck stoppen und ihm solidarische Alternativen von links entgegenstellen können.

*Christine Buchholz und Kerstin Köditz,
Mitglieder im Parteivorstand DIE LINKE*

1. Eine kurze Geschichte der AfD

Marktradikale Professoren, enttäuschte Anhänger von Unionsparteien und FDP, Nationalkonservative, aber auch neofaschistische Zirkel der sogenannten »Neuen Rechten« gründeten die AfD 2013. Nationalistische Kritik an Bankenrettung und Europolitik sowie reaktionäre Wertvorstellungen bildeten die gemeinsame Grundlage.

Doch die AfD war mehr als eine neoliberale Anti-Europartei. Völkisches, rassistisches, antidemokratisches und frauenfeindliches Denken war von Anfang an Teil ihrer Politik. Es bildeten sich drei verschiedene Flügel, ein konservativ-neoliberaler (Lucke), ein rechtspopulistischer (Petry) und ein völkisch-nationalistischer (Höcke). Die Wahlerfolge bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg 2014 wurden auch mit rassistisch geprägten Wahlkämpfen erzielt und stärkten den rechten Flügel der AfD.

Die Radikalisierung der AfD erfolgte unter dem Eindruck der islamfeindlichen Pegida-Bewegung. Auf dem Parteitag in Essen im Juli 2015 setzte sich Frauke Petry aus Sachsen mit Unterstützung von Alexander Gauland aus Brandenburg und dem neofaschistischen »Flügel« um Björn Höcke bei den Wahlen zum Parteivorstand gegen den damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke durch, der für eine Abgrenzung von Pegida und der extremen Rechten eintrat. Bernd Lucke und andere Vertreter des marktradikalen Flügels verließen daraufhin die Partei. Zwei Jahre später, nach der Bundestagswahl 2017, trat auch Frauke Petry aus, da sie eine taktische Abgrenzung zur extremen Rechten gegenüber Höcke und seinem Flügel nicht durchsetzen konnte. Der rechtspopulistisch-neoliberale Flügel wird inzwischen von der Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen Investmentbankerin Alice Weidel sowie dem Parteivize Georg Pazderski und Fraktionsvize Beatrix von Storch vertreten.

Die AfD ist inzwischen insgesamt als Partei der extremen Rechten einzuschätzen. Ein reaktionäres, autoritäres und völkisch-nationalistisches Gesellschaftsbild mit stark rassistischer und frauenfeindlicher Stoßrichtung entwickelte sich zu ihrem prägenden Merkmal. Sie setzt auf Hetze gegen Geflüchtete und Muslime. Ihre unterschiedlichen Spektren vereint ein aggressiver Nationalismus, der eine vorgestellte nationale Gemeinschaft höher bewertet als Klasseninteressen und demokratische Grundrechte. Damit ist sie keine demokratische, sondern eine faschistische Partei im Werden – und ihr sollte entsprechend begegnet werden.

2. AfD: Sammelbecken für Rassisten und extreme Rechte

Rassismus und Nationalismus als politischer Kitt

Die AfD vereint derzeit einen rechtspopulistisch-neoliberalen Flügel (Alice Weidel, Beatrix von Storch, Georg Pazderski) mit einem neofaschistischen, national-sozialen Flügel (Björn Höcke, Andreas Kalbitz, Alexander Gauland). Die Grenzen sind allerdings fließend und Nationalismus und Rassismus dienen als Kitt zwischen den Flügeln – wie z. B. eine von Rassismus und nationalistischen Verschwörungstheorien strotzende E-Mail¹ von Alice Weidel oder die Rede von Jörg Meuthen über das »links-rot-grün-versifftete 68er-Deutschland«² und seine Parteinahme für den Höcke-Flügel zeigt.

In ihrem Grundsatzprogramm rückt die AfD das »Feindbild Islam« in den Mittelpunkt ihrer rassistischen Hetze. AfD-Vizechefin Beatrix von Storch schreibt, dass »der Islam das brisanteste Thema des Programms überhaupt« und für die »Außenkommunikation« am besten geeignet sei.³ Diese Strategie ist nicht neu: Die NPD in Sachsen bezeichnete schon im Jahr 2010 die »Moslem-Feindschaft und Islam-Kritik als politischen Türöffner« und empfahl Muslime als »Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört«.⁴

Die AfD stellt als erste Partei mit einer starken parlamentarischen Vertretung seit 1945 die grundgesetzliche Religionsfreiheit in Frage.⁵ Sie schürt Hass und Angst, sie vergiftet das gesellschaftliche Klima und schafft eine Stimmung, die rechte Gewalttäter ermuntert. Seit dem Aufstieg der AfD und von Pegida hat sich die Zahl der rassistischen Angriffe mehr als verdoppelt.⁶ Die Zahl der

Angriffe gegen Muslime sowie gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte ist massiv gestiegen. Im Jahr 2015 wurden mehr als viermal so viele Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte wie im Vorjahr registriert.⁷ Diese Gewaltwelle setzt sich mit nur leichtem Rückgang fort. Von 2001 bis 2016 kam es zudem nach Angaben des Bundesinnenministeriums zu über 400 politisch motivierten Angriffen gegen muslimische Gebetsräume und Moscheen. Die tatsächliche Zahl liegt noch wesentlich höher.⁸

Auch Antisemitismus ist ein fester Bestandteil der AfD, selbst wenn sich die Parteispitze immer wieder – vor allem aus taktischen Gründen – davon distanziert. Das machte unter anderem der Konflikt um die antisemitischen Äußerungen und Pamphlete des baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon deutlich.⁹ Der Antisemitismus geht jedoch weit über Höcke¹⁰ und Gedeon hinaus. In Hessen stellt sie Martin Hohmann für den Bundestag auf, der nach einer Rede im Jahr 2003, die von vielen als antisemitisch empfunden wurde, aus der CDU ausgeschlossen wurde.¹¹

Krise, Krieg und Rassismus

Die AfD versucht die wachsende Unsicherheit und die Abstiegsängste breiter Bevölkerungsteile in nationalistisches und rassistisches Fahrwasser zu leiten und eine reaktionäre Antwort auf die globale Krise zu geben. Sie kann dabei auf den Rassismus aufbauen, der von den bürgerlichen Parteien und Medien seit Jahren geschürt wird. Rassismus ist kein »automatischer Reflex« auf die Zuwanderung von Menschen.

Die bürgerlichen Parteien greifen immer wieder zu rassistischen Kampagnen. Die AfD wurde durch die zahlreichen Asylrechtsverschärfungen der Bundesregierung und durch die Hetze von bürgerlichen Politikern wie Horst Seehofer (CSU) gegen die Aufnahme von Flüchtenden und gegen den Islam bestätigt. Damit spalten sie die Bevölkerung und erschweren den Widerstand gegen neoliberale Sozialkürzungen. Ethnische oder religiöse Minderheiten dienen als Sündenbock für die Folgen

kapitalistischer Ausbeutung und Krise. In Deutschland gab und gibt es unterschiedliche Ausprägungen von Rassismus, rassistische Kampagnen und Vorurteile gegen Juden, Moslems, Roma und Sinti sowie Eingewanderte aus der Türkei, afrikanischen Ländern, Ost- und Südeuropa und dem Nahen Osten.

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und mit dem Afghanistankrieg erreichte der antimuslimische Rassismus einen Höhepunkt. Muslime werden pauschal des Terrorismus verdächtigt. Dieser neue Rassismus dient dazu, Kriegseinsätze in muslimischen Ländern zu rechtfertigen.

Im Jahr 2010 mitten in der Finanzkrise veröffentlichte Thilo Sarrazin (SPD), im Vorstand der Bundesbank, seine rassistischen Thesen in dem Bestseller »Deutschland schafft sich ab«. Ohne die Veröffentlichung bei »Bild« und »Spiegel« hätte es Sarrazin mit seinem Buch kaum auf eine Auflage von über 1,5 Millionen gebracht. Er betätigt sich als Tabubrecher und Schleusenöffner für den Rassismus gegen Muslime und Türkeistämmige und wertet Hartz-IV-Betroffene und alleinerziehende Frauen ab.¹²

Neofaschisten in der AfD

Die AfD ist vielerorts inzwischen zum Zentrum der extremen Rechten geworden. Diese gruppieren sich innerhalb der AfD um die von Björn Höcke und André Poggenburg im Jahr 2015 gegründete Parteiströmung »Der Flügel«¹³ und die »Patriotische Plattform«. Unterstützung erhalten sie vom Parteivorsitzenden Alexander Gauland. Dieser ist für sie wichtig, weil er sich auf eine vierzigjährige CDU-Mitgliedschaft berufen kann.¹⁴

Höcke will die AfD zu einer »fundamentaloppositionellen Bewegungspartei«¹⁵ machen. Im Kampf um die politische Macht sind für den Nazi-Flügel die Parlamente zwar ein Element, aber nicht das zentrale. Daher setzt der »Flügel« immer wieder auf rechte Straßenmobilisierung und knüpft damit an die Tradition faschistischer Bewegungen der Nazis an. Björn Höcke war der erste AfD-Politiker, der erfolgreiche Massenkundgebungen veranstaltete. Die AfD bezeichnete Höcke als »letzte friedliche

Chance für unser Vaterland« – eine implizite Androhung von Gewalt und Bürgerkrieg, sollte sie nicht auf »friedlichem« Weg an die Macht gelangen. Immer wieder tritt ein völkischer Nationalismus zutage: »Unser liebes Volk ist im Inneren tief gespalten und durch den Geburtenrückgang sowie die Masseneinwanderung erstmals in seiner Existenz tatsächlich elementar bedroht«, so Höcke. »Wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen.« Höcke stellt das Gedenken an den Holocaust offen infrage: »Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.«¹⁶

Die Verharmlosung der Nazi-Verbrechen geht weit über den Höcke-Flügel hinaus. Die AfD fordert in ihrem Grundsatprogramm eine nationale Geschichtsklitterung: »Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.«¹⁷ Die AfD-Fraktion in Baden-Württemberg beantragte zum Beispiel, die Zuschüsse für eine NS-Gedenkstätte und für Schülerfahrten zu NS-Gedenkstätten zu streichen.¹⁸

Der Flügel um Alice Weidel, Beatrix von Storch und Georg Pazderski ist keineswegs weniger rassistisch, will aber den Makel der NS-Vergangenheit nicht angeheftet bekommen und strebt mittelfristig eine Regierungsbeteiligung an.

Doch Gedeon wurde nicht aus der Partei ausgeschlossen, ebenso wenig wie Höcke und viele andere, die sich in ähnlicher Form geäußert hatten.¹⁹ Diese halbherzige, nur taktische Abgrenzung vom Nazi-Flügel und rassistischer Gewalt kann zur Achillesferse der AfD werden. Durch gesellschaftlichen Druck kann sie isoliert und zurückgedrängt werden. So können sich die innerparteilichen Widersprüche zuspitzen.

Christine Buchholz

3. »Nicht links, nicht rechts, sondern vorn«?

2013, beim Gründungskongress der AfD, erklärte ihr damaliger Sprecher Bernd Lucke, von dem heute bei der AfD niemand mehr spricht, die von ihm geführte AfD sei eine »Partei neuen Typs, die weder links noch rechts sei und keinen ideologischen Wegweiser brauche«. Quer zu den Ideologien, von allen das Beste übernehmend? Wie Winfried Kretschmann, der verkündete, die Links-Rechts-Unterscheidung sei »ein veraltetes politisches Denken, das der gesellschaftlichen Realität nicht mehr entspricht«? Nun, weder Bernd Lucke noch die Grünen haben diese griffige Formulierung erfunden. Tatsächlich weist sie zurück auf das Jahr 1934, auf Jacques Doriot, den Führer der damals größten faschistischen Partei in Frankreich.

Die tatsächlichen Inhalte einer Partei, ihre Zielvorstellungen lassen sich aus einer Selbstdarstellung wie der von Bernd Lucke kaum entnehmen. Höchstens ist davon auszugehen, dass die betreffende Person hervorheben will, seine Partei sei grundsätzlich anders als die anderen. Aber geht das überhaupt: weder rechts, noch links? Der italienische Philosoph Norberto Bobbio erklärt, der Unterschied zwischen beiden Kategorien mache sich an der Frage der Gleichheit fest. Rechte versuchten stets, den erreichten Grad an Freiheit zurückzudrängen – bis hin zur Führerdiktatur. Linke dagegen strebten danach, den erreichten Grad an Gleichheit immer weiter auszuweiten – bis hin zur Herrschaftslosigkeit, der Gleichheit auf allen Ebenen.

Genau aus diesem Ansatz heraus bezeichnete der »konservativ-revolutionäre« Geschichtsphilosoph Oswald Spengler das Christentum als den »Bolschewismus der Antike«. Für ihn war die Gleichheit der Menschen vor Gott nur ein Vorläufer des Denkens der Aufklärung, der Französischen Revolution und des politischen Liberalismus mit den Werten »Freiheit, Gleichheit, Solidarität«. Und hatte der Liberalismus wiederum sich mit der Gleichheit der

Menschen vor dem Gesetz begnügt, so gilt das Streben der sozialistischen Bewegung bis zum heutigen Tage der Schaffung sozialer Gleichheit. So falsch lag also der Reaktionsär Spengler gar nicht mit seinem Urteil.

Der Anspruch der AfD in ihrer Anfangsphase, sie sei weder links noch rechts, sollte vor allem auf zwei Faktoren hinweisen. Einerseits auf die Behauptung der Partei, sie sei die Verkörperung des wirtschaftspolitischen Sachverständigen. Und andererseits auf ihre These, die AfD werde aus Protest gewählt, aus Protest gegen den wirtschaftspolitischen Unverstand der so genannten etablierten Parteien. Heute ist das nur noch ein Thema von vielen in der Programmatik der AfD und steht nicht mehr im Vordergrund. Als »Protestpartei« lässt sie sich allerdings weiterhin bereitwillig bezeichnen.

Nur ist dieser Protest keineswegs inhaltslos. Menschen können, aus gutem Grund, gegen vieles protestieren. DIE LINKE protestierte gemeinsam mit hunderttausenden Menschen auf der Straße gegen Hartz IV und andere Zumutungen der Agenda 2010. Macht sie das zur Protestpartei? Die Grünen protestierten in den Tagen nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima gegen Umweltzerstörung und das Atomprogramm. Machte sie das zur Protestpartei? Protest richtet sich nicht nur gegen bestimmte Erscheinungen und Zustände, er vertritt auch ganz konkrete Inhalte. Natürlich auch bei der AfD. Was also meint der AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen, wenn er verbal gegen das »links-rot-grün-versiffte 68er-Deutschland«²⁰ protestiert?

Er verkündet ein komplettes Programm; er benennt die Schuldigen der herrschenden Zustände im Land. Und implizit macht er klar, dass er seine Entscheidung zwischen links und rechts getroffen hat, denn die Verantwortlichen für die Zustände, gegen die er protestiert, verortet er links. Er macht es an einer Jahreszahl fest: 1968. Er meint damit die Revolte, die in den Jahren um 1968 weite Teile der Jugend in weiten Teilen der kapitalistischen Staaten erfasst hatte und die teilweise auf die Lohnabhängigen überzugreifen drohte. Eine Revolte, die in großen Teilen eine kulturelle war und sich gegen die herrschenden Autoritäten richtete. Eine

Revolte, die auch über Parolen wie »Marx an die Uni!« nachhaltigen Schrecken unter den Herrschenden auslöste. Die Forderung nach Mitbestimmung über die Lehrinhalte erschreckte ebenso wie die nach Abberufung der Professoren aus der NS-Zeit und nach dem Ende der Ordinarien-Universität. »Marx an die Uni!« war letztlich eine Parole zur Demokratisierung. 1968 als Horrorbild – wie bei Jörg Meuthen – ist letztlich immer auch tiefe Angst vor der Herstellung einer materiellen Demokratie im täglichen Leben.

Für Jörg Meuthen und seine Parteifreunde in der AfD beginnt der von rechts beschworene Untergang des Abendlandes eben nicht erst mit der Einwanderung zahlreicher Menschen aus anderen Kulturen nach Europa. Nein, dieser Untergang hat bereits 1968 begonnen. Und, wenn wir es zuspitzen, dann hat sich dieser Untergang schon längst vollzogen, nämlich mit dem Sieg von Conchita Wurst beim europäischen Schlager-Grand Prix. Aufweichung von Sitten und Moral hatten in dieser Vorstellungswelt 1968 begonnen. Der Feminismus (»Mein Bauch gehört mir!«) war eine Folge davon. Und daraus wiederum resultierten Geburtenrückgang und die »Feminisierung der Gesellschaft«. Immer mehr verlor der Mann nicht nur seine traditionelle Rolle als Herr im Haus, als Ernährer der Familie, sondern auch die als »Oberhaupt« der Familie. Die Kehrseite der Medaille der »Feminisierung« heißt also »Entmännlichung«. Oder, um es mit den Worten des in diesen Kreisen viel gelesenen Akif Pirincci auszudrücken, gar die »Verschwulung« der Gesellschaft.

1968 führte dazu, dass bisher ausgegrenzte Menschengruppen begannen, selbstbewusst ihr Recht auf Gleichheit einzufordern. Menschen mit Handicap organisierten sich provokativ als »Krüppelbewegung«, Homosexuelle nutzen plötzlich positiv besetzt das bisherige Schimpfwort »Schwule« in ihren Gruppen. Der bigotte Mief der Adenauer-Ära wurde gründlich entlüftet. All dies gehörte ebenso zu 1968 wie der Anspruch der Auszubildenden, nicht länger als billige Arbeitskräfte ausgebeutet zu werden. Und all dies widerspricht zutiefst dem Weltbild der Mitglieder sowie Anhängerinnen und Anhänger der AfD. Michael Klonovsky, derzeit Mitarbeiter von Parteichef Gauland, schrieb in seinem Web-Tagebuch anlässlich der Paralympics:

»In der Inklusionsdebatte stellte eine Rednerin die maßvoll schlaue, aber grenzenlos verheuchelte Frage, warum sich so viele Menschen begeistert die Olympischen Spiele anschauen, während kaum jemand wüsste, wann die Paralympics begännen. Ein Volksvertreter, der hierauf die korrekte Antwort erteilte, sähe sich wochen- bis legislaturperiodenlang dem feilen Geplärr der Berufsentrüsteten ausgesetzt, deshalb tut's keiner. Die Antwort lautet: Weil Sport die Feier des gesunden, schönen, erotischen, athletischen Körpers ist.«²¹ Diese Weltsicht ist es, die die AfD prägt. Sie ist der Grund dafür, dass 1968 das absolute Feindbild der Partei ist. Meuthens Ausspruch vom »links-rot-grün versifften 68er-Deutschland« ist Ausdruck einer fundamentalen Feindschaft gegen die Werte »Freiheit, Gleichheit, Solidarität«. Eben nicht »Nicht links, nicht rechts, sondern vorn«, sondern rechts, nur rechts, ganz rechts.

Kerstin Köditz

4. Faktencheck: Wie die AfD lügt

AfD ist eine Partei der kleinen Leute



DIE AfD BEHAUPTET: »Für die unterstützungsbedürftigen Leute, die es verdient haben, ist immer weniger Geld da. [...] Wenn die Altparteien-Politiker unsere Sozialsysteme für alle Mühseligen und Beladenen öffnen, dann fahren sie unser Sozialsystem vor die Wand.«²² (Björn Höcke)

WAHR IST: Es sind nicht die Mühseligen und Beladenen, die unser Sozialsystem schwächen, es ist der Sozialabbau der vergangenen Jahrzehnte und eine ungerechte Verteilung des Reichtums. Die AfD vertritt die Interessen einer kleinen wohlhabenden Minderheit gegen die Interessen derjenigen, die eh schon wenig haben. Sie möchte Erbschaftssteuer und Vermögensteuer abschaffen – Ein Geschenk vor allem für die Reichen. Massive Verluste in den Steuereinnahmen der Länder und damit weniger Ressourcen für öffentliche Infrastruktur, Bildung oder Pflege wären die Folge.

Was die AfD einen »schlanken Staat« nennt, ist nichts anderes als ein Staat, der nicht sozialen Zwecken dient, sondern den Interessen der Unternehmen.

Die AfD lehnt TTIP, Ceta und TISA ab. Zugleich forderte sie in ihrem Wahlprogramm aber einen »diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen«.

Die AfD verbindet neoliberale Forderungen mit sozialen Forderungen um einerseits den Konflikt innerhalb der eigenen Partei stillzustellen und um damit andererseits rassistische Politik zu machen.

Die Rente soll nicht mehr ab einem bestimmten Lebensalter gewährt werden. Stattdessen soll bei einer Lebensarbeitszeit von 45 Jahren der Rentenanspruch abschlagsfrei bestehen. Der Arbeitgeberanteil zur Kranken- und Pflegeversicherung soll wieder auf die gleiche Höhe wie der Arbeitnehmeranteil festgelegt werden. Bei einer Vorbeschäftigung von mindestens zehn Jahren soll es eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld 1 und höhere Arbeitslosengeld-2-Leistungen geben – natürlich nur für Deutsche. Das zeigt: Der AfD geht es nicht um soziale Politik, sondern eine Spaltung der Menschen anhand ihres Passes und die Bevorzugung vermeintlicher Leistungsträger.

Die AfD steht gegen die Selbstbedienungsmentalität der Parteien



DIE AfD BEHAUPTET: Die anderen Parteien hätten eine »Selbstbedienungsmentalität«. Der Staat sei eine Beute in deren Hände, so ihr Bild.²³

WAHR IST: Die Parteispendenskandale, besonders der CDU, zur Verschleierung von Großspenden aus der Industrie sind bekannt. Und auch rechtlich fragwürdige Verfahren wie in Rheinland-Pfalz die Absicht, die Erhöhung von Aufwandsentschädigungen und der Fraktionsmittel wegen angeblicher besonderer Dringlichkeit im Eilverfahren durchzuzupfeitschen, gehören dazu. Es ist also durchaus notwendig, dass die Bürgerinnen und Bürger den Parteien genau auf die Finger schauen. Doch es geht darum, das System demokratischer zu machen und nicht weniger demokratisch.

Dass die AfD nicht mehr Transparenz und demokratische Kontrolle will, beweist sie selbst: Eine öffentliche Darlegung ihrer Abgeordneten über deren Einkünfte erfolgt in der Regel nicht. Stattdessen wird kräftig zusätzlich abkassiert, so bei der Spaltung der Landtagsfraktion in Baden-Württemberg. Statt einem Fraktionsvorsitzenden mit doppelten Diäten gab

es plötzlich deren zwei.²⁴ In schlechtester Selbstbedienungsmentalität bediente sie sich bei ihrem Goldverkauf beim Steuerzahler: Sie erzielte damit Einnahmen und für diese wiederum gab es staatliche Gelder. Und auch ansonsten ist die Finanzierung der AfD alles andere als durchsichtig: Bei mehreren Landtagswahlen wurde sie von einem »Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten« mit Plakatwänden und durch Zeitungen massiv unterstützt. Die Herkunft der Mittel ist so unklar wie die Struktur des Vereins und dessen Verbindungen zur AfD.²⁵ Man könnte also den Eindruck gewinnen, es handle sich um eine verdeckte und somit unerlaubte Parteienfinanzierung. Die AfD als Saubermann? Wohl eher das Gegenteil.

Die AfD will »die Demokratie wiederherstellen«



DIE AfD BEHAUPTET VON SICH: »Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.«²⁶ (AfD-Grundsatzprogramm)

Wahr ist: Der Eindruck, den die AfD erweckt, die einzige Partei zu sein, die sich für demokratische Verfahren einsetzt, ist falsch. DIE LINKE, aber auch SPD und Grüne fordern seit langem Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide. Volksentscheide wie in der Schweiz forderte bisher nur die NPD. In der Schweiz waren rassistische, islamfeindliche Volksentscheide für mehr Abschiebungen und ein Minarettverbot erfolgreich. Was meint die AfD in der Tat?

Für die AfD regiert eine »kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien« die Bundesrepublik. Dagegen steht für die AfD das »Staatsvolk«. Nur das soll bei Volksentscheiden abstimmen dürfen. Das heißt: Wenn in einer Kommune über den Bau einer Brücke abgestimmt würde, dürften nicht alle Betroffenen abstimmen. Und darum tritt sie auch nicht für eine politische Kontrolle von Großprojekten wie beispielsweise dem Berliner Flughafen BER, der Elbphilharmonie Hamburg

oder Stuttgart 21 ein, obwohl diese mit öffentlichen Geldern finanziert werden.

Volksentscheide schließlich können nicht losgelöst vom gesamten politischen System verstanden werden. Entscheidungen brauchen vor dem unabhängige politische Informationen und eine politische Debatte über mögliche Alternativen. Politische Recherche, Bildung und Medien will die AfD aber privatisieren: Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, parteinahen Stiftungen, der Bundeszentrale für politische Bildung sollen die öffentlichen Gelder gestrichen werden.²⁷ Übrig blieben durch Werbung und Spenden finanzierte Medien. Im Ergebnis würden die reichsten Menschen und Unternehmen die politische Debatte bestimmen. Statt mehr Demokratie gäbe es mehr Macht für die Übermächtigen. Die AfD selbst bedroht die Demokratie.



**Es kommen
zu viele Flüchtlinge**

DIE AfD BEHAUPTET: »Der gesamte Flüchtlingsstrom nach Europa bleibt jetzt in Deutschland. Das ist unserer Bevölkerung nicht zuzumuten. Wir sitzen in der Falle.«²⁸ (Alexander Gauland)

WAHR IST: Weltweit sind laut Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen über 65 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Konflikten und Verfolgung. Das ist die höchste Zahl, die jemals verzeichnet wurde.²⁹ Doch nur ein kleiner Teil flieht nach Deutschland. In der Türkei leben relativ zur Bevölkerungszahl fast zehnmal so viele Flüchtlinge wie hierzulande, im Libanon fast das Hundertfache.³⁰ Die meisten Flüchtlinge fliehen innerhalb ihres Landes oder in die Nachbarstaaten. Sie fliehen dorthin, wo sie Familie oder Freunde haben, wo sie die Sprache sprechen oder ihnen die Möglichkeit zur Rückkehr einfach erscheint. Zu behaupten, alle Flüchtlinge »strömten« nach Deutschland, hat mit der Realität nichts zu tun und dient lediglich dem Schüren von Ängsten.

Für die wachsende Zahl von Menschen auf der Flucht trägt die deutsche Politik eine Mitverantwortung. Deutschland war an den

Kriegen im Irak, in Jugoslawien, Afghanistan und Syrien direkt oder indirekt beteiligt. Es sind genau diese Regionen, aus denen heute die meisten Flüchtlinge kommen. Deutschland ist zudem der weltweit drittgrößte Waffenexporteur. Will man die Fluchtursachen bekämpfen, müssen die Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Waffenexporte gestoppt werden, anstatt die Grenzen zu schließen und das Recht auf Asyl weiter auszuhöhlen.

Deutschland ist mit den Flüchtlingen überfordert



DIE AFD BEHAUPTET: »Selbst die Grundversorgung und damit die Pflichtaufgaben der Kommunen können nur noch teilweise sichergestellt werden, weil die finanziellen Mittel auf Grund der massenhaften Aufnahme von Asylbewerbern fehlen.«³¹
(AfD-Wahlprogramm Sachsen-Anhalt 2016)

WAHR IST: Ein reiches Land wie Deutschland wäre in der Lage, auch wesentlich mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Geld für ein menschenwürdiges Leben für alle ist genug da, allerdings ist es höchst ungleich verteilt. In keinem anderen Euro-Staat ist die Kluft zwischen Arm und Reich so groß wie hierzulande.³² Die Steuerreformen der letzten Jahrzehnte, zugunsten von Unternehmen, Kapitaleinkommen und Besserverdienenden, haben für die Staatskassen Ausfälle von rund 45 Milliarden Euro pro Jahr verursacht.³³ Während Bund, Länder und Kommunen 2015 und 2016 insgesamt 15 Milliarden für Geflüchtete in Deutschland ausgegeben haben und das Bundesfinanzministerium rund 15 Milliarden für 2018 vorsieht,³⁴ gehen dem Fiskus allein durch Steuerflucht Jahr für Jahr etwa 100 Milliarden Euro verloren.³⁵ Laut dem Institut für Wirtschaftsforschung besitzen 45 Deutsche inzwischen so viel wie die ganze ärmere Hälfte der Bevölkerung.

Geflüchtete nehmen niemandem etwas weg. Keine Rentnerin, kein Sozialhilfeempfänger und auch niemand mit geringerem Einkommen bekäme auch nur einen Cent mehr, wenn die Standards für Flüchtlinge weiter abgesenkt würden.

Asylsuchende erhalten in den ersten 15 Monaten weniger als Hartz-IV-Betroffene und das größtenteils als Sachleistungen. Auch auf dem Arbeitsmarkt haben Geflüchtete es besonders schwer. In den ersten drei Monaten dürfen Asylbewerber überhaupt nicht arbeiten. Danach erhalten sie einen Job nur dann, wenn kein Deutscher und kein EU-Bürger ihn machen wollen. Diese Entrechtung macht es deutschen Unternehmern einfacher, Geflüchtete als Lohndrücker einzusetzen, ebenso wie die Ausnahmen beim Mindestlohn. Dem kann nur begegnet werden, indem man Geflüchteten dieselben Rechte einräumt. Nicht durch Spaltung, sondern nur durch gemeinsamen Kampf kann die soziale Lage für alle verbessert werden.

DAS ZEIGT: Das Problem sind nicht die Geflüchteten, sondern dass wenige immer reicher und viele immer ärmer werden. Tatsächlich fehlt es in vielen Städten und Gemeinden an Geld: Schwimmbäder, Bibliotheken, Theater und andere öffentliche Einrichtungen werden geschlossen und im öffentlichen Dienst werden Stellen abgebaut. Geflüchtete werden mit ihrem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, Arbeit und Unterricht für ihre Kinder in Konkurrenz zur einheimischen Bevölkerung gebracht. Das muss nicht so sein und bereitet den Boden für die rassistische Hetze der AfD. Den Mangel an Wohnraum, an Lehrkräften, die maroden Schulen und prekären Arbeitsbedingungen haben aber nicht die Flüchtlinge verursacht, sondern die neoliberale Sparpolitik und die Steuer geschenke an die Reichen und Konzerne. Es gibt keine »Flüchtlingskrise«, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit.

Viele Flüchtlinge sind kriminell



Die AfD behauptet: »Im Schlepptau der unregulierten Massenzuwanderung steigt die Kriminalität an.«³⁶
(AfD-Grundsatzprogramm)

WAHR IST: Zugewanderte und Geflüchtete sind nicht krimineller als Deutsche. Im Jahr 2017 sank die Kriminalität sogar um 10 Prozent – besonders bei Einbrüchen und Diebstählen.³⁷

Es gibt allerdings Straftaten, die nur Geflüchtete oder Migranten begehen können, wie etwa Verstöße gegen das Ausländer- oder Asylrecht. Dazu gehören die illegale Einreise nach Deutschland oder Verstöße gegen die Residenzpflicht für Flüchtlinge. Ohne diese Verstöße bleibt für 2015 ein Anstieg der gemeldeten Straftaten von weniger als 0,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und im Jahr 2016 ein leichter Rückgang.³⁸ Dazu kommt, dass die Statistik Verdächtige erfasst, unabhängig davon, ob diese später auch verurteilt werden, und davon, dass »bestimmte ethnische Minderheiten nachweislich eher mit einer Anzeige rechnen müssen als die deutsche Mehrheitsgesellschaft«.³⁹ Das Anzeigeverhalten ist also rassistisch beeinflusst.

Gleichzeitig ist die Zahl rechter Straftaten so hoch wie nie. Vor allem der Anstieg der Gewalttaten von rechts hat einen traurigen Rekordwert erreicht. Die Zahl stieg 2015 um mehr als 44 Prozent auf 1485 Fälle und 2016 nochmal um 14 Prozent. Insbesondere Flüchtlingsunterkünfte waren vermehrt Ziel rechter Angriffe. Rassistische Straftaten nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 116 Prozent zu. Angriffe auf religiöse Minderheiten stiegen um fast 60 Prozent.⁴⁰ Vor diesem Hintergrund vor »Flüchtlingskriminalität« zu warnen, ist absurd.

Mit den Flüchtlingen steigt die Gewalt gegen Frauen



DIE AFD BEHAUPTET: »Das Jahr beginnt mit [...] der Unterwerfung unserer Behörden vor den importierten, marodierenden, grapschenden, prügelnden, Messer stechenden Migrantenmobs, an die wir uns gefälligst gewöhnen sollen.«⁴¹ (Alice Weidel, AfD-Fraktionsvorsitzende auf Twitter am 1. Januar 2018)

WAHR IST: Sexuelle Gewalt gegen Frauen ist keine Importware. Laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums ist jede vierte Frau in Deutschland – unabhängig von Bildungsstand oder sozialem Status – im Laufe ihres Lebens häuslicher Gewalt ausgesetzt. Jede siebte Frau in Deutschland erfährt in ihrem

Leben sexuelle Gewalt.⁴² Geflüchtete sind gegenüber Frauen nicht mehr oder weniger übergreifend als Einheimische. Die Sexualdelikte machen an der Gesamtzahl der von Geflüchteten begangenen Straftaten 1,1 Prozent aus. Das entspricht dem bundesdeutschen Durchschnitt. Der Anteil der von Geflüchteten begangenen Sexualstraftaten an allen Sexualstraftaten liegt unter einem Prozent.⁴³ Bei Sexualmorden sind 90 bis 95 Prozent der Tatverdächtigen Deutsche.⁴⁴

»Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich »Anderen« sind«,⁴⁵ so die Initiatorin der #Ausnahmslos-Kampagne Kübra Gümüşay. Der Kampf gegen Sexismus darf nicht mit Rassismus beantwortet werden. Dass sich ausgerechnet die AfD die Verteidigung von Frauenrechten auf die Fahnen schreibt, ist grotesk. Ihre Forderung nach einer Verschärfung des Abtreibungsrechts und ihr Leitbild der traditionellen Familie zeigen, dass die AfD die Möglichkeiten der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen einschränken will und sie die Forderung nach sozialer Gleichstellung der Geschlechter ablehnt.⁴⁶ Im Kampf gegen Sexismus und Frauenunterdrückung ist die AfD keine Verbündete, sondern Gegnerin.

Deutschland droht eine Islamisierung



DIE AfD BEHAUPTET: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.«⁴⁷ (AfD-Grundsatzprogramm)

WAHR IST: In Deutschland leben fast 5 Millionen Menschen muslimischen Glaubens, viele von ihnen seit Jahrzehnten. Die AfD will eine ganze Gruppe von Menschen wegen ihres Glaubens pauschal ausgrenzen. Dabei baut sie auf jahrelang geschürte rassistische Klischees, die Muslime als gewaltbereit und gefährlich darstellen. Studien belegen hingegen, dass die Einstellungen und

Sichtweisen von in Deutschland lebenden Muslimen sich stark an den Grundwerten unserer Gesellschaft orientieren. Auch unter streng religiösen Muslimen halten 90 Prozent die Demokratie für eine gute Regierungsform.⁴⁸ Studien zu den Geschlechterrollen von Christen und Muslimen in Deutschland zeigen, dass Religion keinen entscheidenden Einfluss auf frauenverachtende Einstellungen und Verhaltensweisen hat.⁴⁹ Muslime zeigen auch eine höhere Toleranz für andere Religionen als die deutsche Durchschnittsbevölkerung.⁵⁰ Umgekehrt stehen aber große Teile der nicht-muslimischen Bevölkerung Muslimen und ihrer Religion ablehnend gegenüber. Für die hier lebenden Muslime bedeutet das häufig Ausgrenzung und Diskriminierung.

Mit einer ganzen Reihe von Forderungen will die AfD muslimisches Leben in Deutschland einschränken und letztlich unmöglich machen. So lehnt sie etwa Minarette und Muezzin-Rufe ab und will Schleier verbieten.⁵¹ Damit spricht erstmals seit 1945 eine im Bundestag vertretene Partei einer Religionsgemeinschaft das Recht ab, ihre Religion auszuüben. Nicht Muslime oder »der Islam« bedrohen ein friedliches Zusammenleben in Deutschland, sondern soziale Ungerechtigkeit, Rassismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit. Die AfD hetzt gegen den Islam und meint alle, die eine offene, solidarische und plurale Gesellschaft wollen.⁵²

Der Islam ist gewalttätig



DIE AFD BEHAUPTET: »Dem Islam wohnt als Religion eine Gefahr inne, die andere Religionen so nicht haben. [...] Nur sehr wenige Muslime sind Terroristen, aber nahezu aller Terrorismus jüngeren Datums hat einen islamischen Hintergrund.«⁵³
(Jörg Meuthen)

WAHR IST: Der Islam ist keine gewalttätige Religion. Angesichts der Vielfalt muslimischer Traditionen und unterschiedlicher regionaler Prägungen ist es irreführend, von »dem Islam« zu sprechen. Wegen des Terrors des sogenannten Islamischen Staates oder des mutmaßlichen Attentäters vom Berliner Breitscheidplatz

Muslimen eine Neigung zu Gewalt vorzuwerfen, ist genauso absurd, wie Christen für die Ansichten und Taten des Ku-Klux-Klan oder des norwegischen Massenmörders Anders Breivik verantwortlich zu machen. Die Ablehnung von Gewalt ist unter Muslimen in Deutschland sogar höher als unter Nicht-Muslimen.⁵⁴

Ein Beitrag zur Bekämpfung von Terroranschlägen wäre es, den »Krieg gegen den Terror«, die Beteiligung der Bundeswehr daran und Rüstungsexporte zu beenden. Denn der Krieg des »Westens« ist selbst Terror, er hat den Terrorismus nicht geschwächt, sondern gestärkt. Im Zuge des Krieges wurden 1,3 Millionen Menschen im Nahen und Mittleren Osten getötet.⁵⁵

Übrigens: Die größte Gefahr kommt weiterhin von rechts: Die rechte Terrorzelle NSU ermordete mindestens 10 Menschen. Seit 1990 wurden in Deutschland über 180 Menschen von rechten Gewalttätern ermordet.⁵⁶

Die rassistische Hetze der AfD schafft ein gesellschaftliches Klima, das rechte Gewalttäter anstachelt. So war der Attentäter von München, der 2016 neun Jugendliche aus Einwandererfamilien tötete, ein Rassist und Bewunderer des norwegischen Rechtsterroristen Breivik. Drei Gutachten werten das Attentat als politisch motivierte, rechte Tat.⁵⁷ Er schrieb Nachrichten an sich selbst: »Du wirst alles stoppen und die AfD wird durch uns in die Höhe gepusht, die Salafisten werden in die Zielscheibe geraten.«⁵⁸ Die AfD machte tatsächlich sofort zu Unrecht Flüchtlinge und den »Islam« für die Tat verantwortlich.⁵⁹

Ein mutmaßlicher Komplize des terrorverdächtigen Bundeswehrosoldaten Franco A., der sich als Geflüchteter ausgegeben und Waffen und Munition beschafft, sowie eine Zielliste von Politikern geführt haben soll, ist nicht nur Mitglied der AfD in Hessen, sondern auch Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Jan Nolte.⁶⁰

In Deutschland herrscht eine Gender-Ideologie



DIE AFD BEHAUPTET: »Die gegen die Natur des Menschen gerichtete Gender-Ideologie ist der wichtigsten bevölkerungspolitischen Herausforderung, vor der Deutschland steht, nämlich die Geburtenrate signifikant zu steigern, in extremer Weise abträglich.«⁶¹ (AfD Baden-Württemberg)

WAHR IST: Wenn die AfD die »Gender-Ideologie« und den »Gleichstellungstotalitarismus«⁶² anprangert, meint sie die Errungenschaften der Frauenbewegung in Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter. Auch wenn die AfD Frauenrechte nutzt um pauschal gegen den Islam zu hetzen: Selber verbreitet sie ein ultra-konservatives Frauenbild und möchte Frauen wieder an Heim und Herd drängen: Sie sollen im Zeichen des völkischen Ideals der AfD möglichst viele Kinder bekommen. Im Brandenburger Landtag beantragte die AfD, die Geburtenrate zu steigern und für eine »Zunahme deutscher Familien mit mindestens zwei Kindern« zu sorgen.⁶³ Die AfD unterstützt zudem Märsche derjenigen, die Schwangerschaftsabbrüche noch weiter unter Strafe stellen wollen. Eine aktive Bevölkerungspolitik zur Stärkung des »deutschen Volkskörpers« verfolgten bereits die Nationalsozialisten.

Wie Björn Höcke von einer »natürlichen Geschlechterordnung« zu sprechen, ist absurd.⁶⁴ Das Festhalten am traditionellen Leitbild der Kleinfamilie zur Erhöhung der Geburtenrate, wie es die AfD propagiert, geht mit der Diskriminierung von Frauen und sexuellen Minderheiten einher. Diese Politik macht Frauen zu Gebärmaschinen, die in ökonomischer Abhängigkeit von ihrem Ehemann für den Nachwuchs sorgen sollen. Homosexuellen Paaren soll der Berliner AfD zufolge das Recht auf eine Familiengründung durch Adoptionsverbote gleich ganz untersagt werden. Ehe-Scheidungen lehnt die Berliner AfD ebenfalls ab.⁶⁵ Auch andere nicht-klassische Familien, wie Alleinerziehende und Patchworkfamilien würden durch die Forderungen der AfD

benachteiligt. Im Ergebnis zielt ihre Politik darauf, Frauen und sexuellen Minderheiten ihr Recht auf eine selbstbestimmte Lebensgestaltung abzusprenken.

Die AfD ist für Frieden und Ausgleich



DIE AfD BEHAUPTET: »Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist für die AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa.«⁶⁶

Wahr ist: Die AfD verfolgt nicht das Ziel von Frieden und Abrüstung. Im Gegenteil: Sie zielt in ihrem Wahlprogramm auf eine nationale, militärische Großmachtspolitik für Deutschland ab. Die Außenpolitik soll sich ausdrücklich an »deutschen Interessen«, nicht an »Demokratie und Moral« ausrichten.⁶⁷

Die AfD übertrumpft sogar die Bundesregierung mit ihrem Militarismus: Die AfD fordert die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und ist für eine massive Aufrüstung. Sie stellt sich hinter die Forderung des US-Präsidenten Trump und der Bundesregierung, wonach alle NATO-Mitglieder zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben sollen. Die AfD nennt das »gerechte Verteilung der Lasten« in der NATO.⁶⁸ Das würde bedeuten, den Militärhaushalt der Bundesrepublik weiter von 37 Milliarden auf 70 Milliarden zu erhöhen.

Die Sanktionen gegen Russland lehnt die AfD nur ab, weil sie angeblich den »Deutschen« schaden würden.⁶⁹ Sie beschwört den Anschein von gemeinsamen Interessen aller Deutschen und schürt völkischen Nationalismus. Gemeint sind aber die Interessen der deutschen Industrie und Unternehmen – nicht die der Bevölkerung, weder in Russland, Deutschland noch anderswo. Dabei leidet vor allem die russische Bevölkerung – nicht die Elite – an den Auswirkungen der Sanktionen.

Die Aufrüstungsforderung der AfD geht Hand in Hand mit der Verherrlichung von Krieg: Alexander Gauland forderte am

2. September 2017, einen Tag nach dem Jahrestag des Beginn des 2. Weltkriegs, einen »Schlussstrich unter die Nazi-Vergangenheit« und »das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen«.70

Der Klimawandel ist nicht vom Menschen gemacht



DIE AFD BEHAUPTET: »Die Aussagen des Weltklimarats (IPCC), dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können. Schon vor der Industrialisierung gab es Warm- und Kaltperioden, die sich nicht durch die zugehörige CO₂-Konzentration der Luft erklären lassen.«71

WAHR IST: Die AfD will die Energiewende und den Ausbau erneuerbarer Energien – wie z. B. Windkraftträder – stoppen, Kohlekraftwerke weiter laufen lassen und den Klimaschutzplan 2050 aufheben. Doch mit Wissenschaftlichkeit und Mut zur Wahrheit hat das nichts zu tun. Vielmehr möchte die AfD die deutschen Energiekonzerne vor den Kosten ihres eigenen Geschäftsmodells schützen, den Strom für die deutsche Wirtschaft so billig wie möglich machen und verhindern, dass sich an der umweltschädlichen Lebensweise in den Industrieländern irgendetwas ändert – ganz egal, welche Folgen das für Menschen und Umwelt weltweit hat. Dazu passt, dass die AfD sich auch für die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ausspricht.72 Dabei ist der Umstieg auf erneuerbare Energien problemlos damit vereinbar, die Energiepreise für Menschen mit mittleren und niedrig Einkommen gering zu halten – wenn die Profite der Energiekonzerne umverteilt würden. Doch davon will die AfD nichts wissen.

Auch die Aussagen der AfD zum Klimawandel fallen hinter den Stand jeder seriösen Forschung zurück und erweisen sich schon auf den ersten Blick als absurde Schutzbehauptungen. Denn der

gegenwärtige globale Temperaturanstieg verläuft »erwiesenermaßen schneller als die Erwärmungsphasen während der letzten zwei Jahrtausende. Außerdem deuten viele Merkmale der aktuellen Erwärmung auf den Menschen als Ursache – ohne dessen Einfluss ist der gegenwärtige Klimawandel nicht erklärbar.«⁷³ Auch der Einwand der AfD gegen die Rechenmodelle der Klimaforschung ist falsch. Zahlreiche Forscherteams überall auf der Welt haben in den vergangenen Jahrzehnten »unabhängig voneinander computergestützte Klimamodelle entwickelt. Diese simulieren das Klima in unterschiedlicher Genauigkeit (»Auflösung«). Wie akkurat Modelle das Klima nachbilden, lässt sich aber relativ einfach durch einen Rückblick überprüfen: Indem man Modellrechnungen für die Vergangenheit vergleicht mit realen Messwerten für die Vergangenheit. Dabei zeigt sich: Modellergebnisse einerseits und Beobachtungen andererseits stimmen in hohem Maße überein. Daraus kann man schließen, dass die Klimamodelle auch das mögliche Verhalten des Klimas in der Zukunft adäquat abbilden.«⁷⁴

5. Wie wir die AfD stoppen können

Mit der AfD droht sich eine rassistische, sexistische und demokratiefeindliche Partei mit einem immer einflussreicheren neofaschistischen Flügel zu etablieren. In dieser Situation ist es die Aufgabe aller antirassistischen und antifaschistischen Kräfte, sich der AfD mit allen Mitteln in den Weg zu stellen und sie zu stoppen. Dafür braucht es zudem eine solidarische Alternative zu Nationalismus und Neoliberalismus. Mit dem Aufzeigen von linken Alternativen und einem entschlossenen Vorgehen gegen rechts können wir die AfD schwächen.

Keine Verharmlosung

Die AfD ist keine demokratische Partei. Um sie zu schlagen, muss sie als das gebrandmarkt werden, was sie ist: eine extrem rechte Partei, die zunehmend von Neofaschisten kontrolliert wird. Die AfD muss politisch isoliert werden, um ihre weitere Etablierung zu verhindern. Wir können der AfD die konservative Maske abreißen und sie so von den Mitläufern in Partei und Wählerschaft isolieren. Denn nicht alle ihrer potenziellen Wählerinnen und Wähler haben ein geschlossenes rassistisches oder gar faschistisches Weltbild. Daher darf sie kein normaler Akteur in Parlament, Medien und Gesellschaft sein. Für den Umgang mit ihr bedeutet das: keine Zusammenarbeit, keine Verharmlosung, keine Normalisierung, sondern konsequenter Widerstand.

DIE LINKE lehnt jede Zusammenarbeit mit der AfD ab. In den Parlamenten unterstützen wir prinzipiell keine Anträge und Initiativen der AfD. Auf Podien und Veranstaltungen von Gewerkschaften, Medien und Verbänden werben wir dafür, die AfD nicht einzuladen. Wo dies nicht erfolgreich ist, greifen wir ihren Rassismus, Sexismus und Demokratiefeindlichkeit an.

Wir rufen gemeinsam mit anderen dazu auf, wo immer die AfD in Erscheinung tritt, sich ihr in den Weg zu stellen und ein Zeichen für Solidarität und gegen rechte Hetze zu setzen. Die AfD muss in der Öffentlichkeit mit Protesten und Gegenargumenten konfrontiert und geächtet werden.

Gemeinsam und entschlossen gegen Rassismus

Gegen den Aufstieg der AfD und die akute Bedrohung von rechts braucht es breite Proteste gegen Rassismus und Faschismus. Das Potenzial dafür ist vorhanden. Es speist sich aus den bestehenden Strukturen in der Bevölkerung, den vielen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Verbänden, die unabhängig von ihren sonstigen politischen Ausrichtungen einen antifaschistischen Grundkonsens als Teil ihres Selbstverständnisses pflegen.

In zahlreichen Städten und Gemeinden konnten rechte Aufmärsche und AfD-Kundgebungen in den letzten Jahren gestoppt werden. Breite Proteste sind wichtig. Sie können das gesellschaftliche Klima verändern und helfen, die AfD und andere rechte Strukturen und Organisationen gesellschaftlich zu ächten.

Mit »Aufstehen gegen Rassismus«⁷⁵ hat sich ein bundesweites Bündnis gebildet, an dem auch DIE LINKE beteiligt ist. Es möchte eine bundesweite Kampagne und breite Gegenbewegung in der Gesellschaft anstoßen und bestehende Initiativen gegen rechts verstärken. Dafür gibt es Kampagnenmaterial für lokale und bundesweite Aktionen sowie gegen AfD-Parteitage und Aufmärsche.

Um der rechten Hetze überall in der Gesellschaft, ob im Freundeskreis, der Familie, dem Verein, der Schule oder im Betrieb offensiv begegnen zu können, bildet »Aufstehen gegen Rassismus« »Stammtischkämpferinnen und -kämpfer« aus: In den Seminaren sollen möglichst viele Menschen in die Lage versetzt werden, rechten Sprüchen Paroli bieten zu können und sich zu vernetzen.⁷⁶

Für eine solidarische Alternative

Der Kampf gegen Rassismus und die AfD ist Aufgabe aller, die eine offene Gesellschaft anstreben. Darüber hinaus gilt es, Rassismus an der Wurzel zu bekämpfen und dieser menschenverachtenden Ideologie den sozialen Nährboden zu entziehen. Es ist fatal, dass die Bundesregierung sicherheits-, migrationspolitische und islamfeindliche Positionen der AfD übernimmt. Das bestätigt und stärkt die AfD. Der Sozialabbau der vergangenen Jahre hat es der extremen Rechten leicht gemacht, an die realen Abstiegsängste großer Teile der Bevölkerung anzuknüpfen und nationalistische Scheinlösungen anzubieten. Gegen völkisch-nationale Hetze stellt DIE LINKE internationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit für alle.

Rassismus konnte immer dann zurückgedrängt werden, wenn Menschen praktisch Solidarität erfuhren und sich gemeinsam wehrten – gegen Lohnkürzungen, Arbeitsplatz- oder Sozialabbau, gegen sexuelle Diskriminierung sowie gegen Krieg, Waffenexporte und Rassismus selbst. DIE LINKE trägt zu dieser Gegenwehr bei. Sie stellt sich nicht nur konsequent gegen rassistische Hetze, Gewalt und Faschismus, sondern zeigt auch, dass es soziale Alternativen zum Neoliberalismus gibt. Eine Umverteilung des Reichtums kann ein gutes Leben für alle hier lebenden Menschen ermöglichen. Dafür braucht es den Mut, sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen.⁷⁷ Denn nicht die Flüchtlinge, sondern die soziale Ungerechtigkeit müssen bekämpft werden. DIE LINKE fordert auch den sofortigen Stopp deutscher Auslandseinsätze sowie der Waffenexporte in alle Welt. Wir bieten eine linke Offensive und den Mut zu einer solidarischen Zukunft für alle, denn das ist die eigentliche, hoffnungsvolle Alternative.

Quellenangaben

- [1] Welt am Sonntag, 16. 9. 2017 www.welt.de/politik/deutschland/article168695526/AfD-Spitzenkandidatin-Weidel-spricht-nicht-mehr-von-Faelschung.html
- [2] Hannoversche Allgemeine Zeitung, 3. 5. 2016 www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/AfD-Parteitag-in-Stuttgart
- [3] Correctiv, 11. 3. 2016 <https://correctiv.org/recherchen/neue-rechte/artikel/2016/03/11/afd-hat-neues-kill-thema>
- [4] NPD Sachsen, 13. 10. 2010 <https://npd-sachsen.de/moslem-feindschaft-und-islam-kritik-als-politischer-tueroeffner>
- [5] Linksfraktion, 23. 5. 2016 www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/religionsfreiheit-verteidigen-nein-zur-hetze-gegen-den-islam
- [6] RBB-Dokumentation, Die Stunde der Populisten, 31. 1. 2017 www.rbb-online.de/politik/beitrag/2017/01/rbb-dokumentation-die-stunde-der-populisten.html
- [7] Pro Asyl, 13. 1. 2017 www.proasyl.de/news/2015-dramatischer-anstieg-von-gewalt-gegen-fluechtlinge
- [8] Taz, 8. 5. 2016 www.taz.de/!5299037
- [9] Neues Deutschland, 26. 7. 2016 www.neues-deutschland.de/artikel/1019977.gedeons-antisemitismus-ist-nur-die-spitze-des-eisbergs.html
- [10] Focus, 18. 12. 2015 www.focus.de/politik/deutschland/landesvorsitzender-in-thueringen-wegen-seiner-aeusserungen-und-auftritte-afd-beraet-ueber-bjoern-hoeckes-rauswurf_id_5162760.html
- [11] Jüdische Allgemeine, 1. 7. 2016 www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/25910
- [12] DIE LINKE, Linke Argumente gegen rechte Hetze. Thilo Sarrazins Rassismus und die Krise. http://christinebuchholz.de/wp-content/uploads/2013/07/LinkePV_Broschuere_Sarrazin_web.pdf
- [13] Die Erfurter Resolution, 14. 3. 2015 www.derfluegel.de/2015/03/14/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner
- [14] DIE ZEIT, 17. 4. 1992 www.zeit.de/1992/17/alles-lief-ganz-inoffiziell/komplettansicht

- [15] Björn Höcke, Rede in Dresden am 17. 1. 2017 Transkript der Rede:
<http://pastebin.com/jUujwe89>
- [16] ebd.
- [17] Grundsatzprogramm der AfD, S. 48
- [18] FAZ, 23. 1. 2017 *www.faz.net/aktuell/politik/inland/joerg-meuthen-von-afd-ist-gegen-gelder-fuer-ns-gedenkstaette-14726516.html*
- [19] Süddeutsche, 15. 2. 2017 *www.sueddeutsche.de/politik/afd-hoecke-ein-ausschlusskandidat-unter-vielen-1.3378254*
- [20] Hannoversche Allgemeine Zeitung, 3. 5. 2016 *www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/AfD-Parteitag-in-Stuttgart*
- [21] *www.michael-klonovsky.de/acta-diurna/item/304-september-2016-304*
- [22] Taz, 30. 1. 2018 *www.taz.de/!5478015*
- [23] Vgl. Rede von Prof. Dr. Jörg Meuthen im EU-Parlament in Straßburg am 7. 2. 2018
- [24] FAZ, 10. 8. 2016 *www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-in-baden-wuerttemberg-die-macht-der-doppel-fraktion-14381849.html*
- [25] Spiegel, 14. 3. 2017 *www.spiegel.de/spiegel/afd-unterhaelt-mysterioese-beziehungen-zu-finanzstarken-unterstuetzerverein-a-1139267.html* und Antifa-Infoblatt 13. 3. 2017 *www.antifainfoblatt.de/artikel/rechts-konservative-fuer-die-afd*
- [26] Grundsatzprogramm der AfD, S. 8
- [27] Grundsatzprogramm der AfD, S. 48 und S. 11 und Landtagswahlprogramm der AfD Sachsen, S. 8
- [28] Alexander Gauland, Pressemitteilung, 5. 1. 2016 *www.alternativefuer.de/gauland-wir-deutschen-sitzen-in-der-falle*
- [29] UNHCR, 20. 6. 2016 *www.unhcr.de/home/artikel/276e4e75b3c815528feb15b5876448b0/flucht-und-vertreibung-2015-drastisch-gestiegen.html*
- [30] Rosa-Luxemburg-Stiftung »Pass auf, der will deinen Keks!« – Mythen und Fakten zur neuen sozialen Unsicherheit, Oktober 2016 *www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_12_SozUnsicherheit_dt_10-16.pdf*

- [31] AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016, S. 27 www.sachsen-anhalt-waehlt.de/fileadmin/LTW2016/Wahlprogramme/wahlprogramm_afd.pdf
- [32] Spiegel-Online, 26. 2. 2014 www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vermoegen-in-deutschland-ungleicher-verteilt-als-im-rest-der-eurozone-a-955701.html
- [33] Hans-Böckler-Stiftung: WSI Mitteilungen 9/2016, S. 471 www.boeckler.de/wsimit_2006_09_vesper.pdf
- [34] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 11. 2017 www.faz.net/aktuell/wirtschaft/15-milliarden-euro-fuer-asylbewerber-15272908.html
- [35] Focus-Online, 24. 9. 2015 www.focus.de/finanzen/steuern/steuerhinterziehung/sie-fliehen-nicht-vor-krieg-100-milliarden-ueber-die-kosten-fuer-diese-fluechtlinge-spricht-niemand_id_4968896.html
- [36] Grundsatzprogramm der AfD, S. 64 www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf
- [37] beck-community, 10.10. 2014 <http://community.beck.de/2014/10/10/langfristige-kriminalit-tsentwicklung-seit-20-jahren-immer-weniger-straftaten-in-deutschland>
und Tagesschau, 22. 4. 2018 <http://www.tagesschau.de/inland/kriminalstatistik-113.html>
- [38] Bundesministerium des Innern: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2016, Version 7, S. 3 www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2017/04/pks-und-pmk-2016.html
- [39] Bundeszentrale für politische Bildung, 14. 6. 2012 www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76639/auslaenderkriminalitaet?p=all
- [40] Bundesministerium des Innern: Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2015, S. 5 www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2016/05/pmk-2015.pdf?__blob=publicationFile
- [41] Berliner Zeitung, 1. 1. 2018 www.berliner-zeitung.de/politik/-hass-inhalte--koelner-polizei-zeigt-afd-vize-von-storch-an---twitter-account-gesperrt-29417198

- [42] Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend: Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland, S. 29f www.bmfsfj.de/blob/84328/0c83aab6e685eeddc01712109bcb02b0/langfassung-studie-frauen-teil-eins-data.pdf
- [43] Welt, 8. 6. 2016 www.welt.de/politik/deutschland/article156051826/BKA-Bericht-zeigt-welche-Straftaten-Fluechtlinge-begehen.html
- [44] Welt, 8. 12. 2016 www.welt.de/politik/deutschland/article160112887/Die-Wahrheit-ueber-die-Kriminalitaet-von-Zuwanderern.html
- [45] #ausnahmslos: Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall., Januar 2016 <http://ausnahmslos.org>
- [46] Berliner Zeitung, 14. 3. 2016 www.berliner-zeitung.de/politik/afd-parteiprogramm-schluss-mit-abtreibung-und-arbeitslosenversicherung-23724692
- [47] Grundsatzprogramm der AfD, S. 49 www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf
- [48] Bertelsmann-Stiftung, 8. 1. 2015 www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/januar/religionsmonitor
- [49] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern christlicher und muslimischer Religionszugehörigkeit, S. 178 www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb21-geschlechterrollen.pdf?__blob=publicationFile
- [50] Gallup/Coexist (2009): Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen, S. 25
- [51] Grundsatzprogramm der AfD, S. 50
- [52] Linksfraktion, 23. 5. 2016 www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/religionsfreiheit-verteidigen-nein-zur-hetze-gegen-den-islam
- [53] Der Westen, 25. 4. 2016 www.derwesten.de/politik/afd-chef-lieber-kirchenglocken-als-den-ruf-des-muezzins-id11766368.html
- [54] Gallup/Coexist (2009): Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen, S 41f. www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/Wissenschaft/Publikationen/gallup-studie-deutsch.pdf?__blob=publicationFile

- [55] IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Pressemitteilung, 19. 3. 2015 www.ippnw.de/frieden/konflikte-kriege/body-count/artikel/de/opferzahlen-des-krieges-gegen-den.html
- [56] Angaben der Amadeu Antonio Stiftung zu rechter Gewalt https://de.wikipedia.org/wiki/Todesopfer_rechtsextremer_Gewalt_in_der_Bundesrepublik_Deutschland#Angaben_der_Amadeu_Antonio_Stiftung
- [57] Tagesschau, 17. 3. 2017, 20 Uhr www.tagesschau.de/inland/muenchen-amok-103.html
- [58] Münchner Chronik, Auflistung rechter und diskriminierender Vorfälle und Aktivitäten <https://muenchen-chronik.de/22-juli-2016-attentat-am-olympiaeinkaufszentrum>
- [59] Kölner Stadtanzeiger, 24. 7. 2016 www.ksta.de/politik/wahlpropaganda-afd-nutzt-muenchen-attentat-fuer-rechte-hetze-24446894
- [60] Die Zeit, 19. 4. 2017 www.zeit.de/politik/deutschland/2018-04/franco-a-afd-bundestag-jan-nolte
- [61] AfD Baden-Württemberg: Resolution gegen »Gender-Mainstreaming«, 25. 7. 2015 www.alternative-rlp.de/afd-baden-wuerttemberg-resolution-gegen-gender-mainstreaming
- [62] Nicole Höchst, Mitglied der AfD-Fraktion im Bundestag in der Debatte zum Weltfrauentag am 1. 3. 2018. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19017.pdf#P.1386>
- [63] Landtag Brandenburg, 6. Wahlperiode, »Wachstum für Brandenburg«: Erarbeitung eines Zukunftsplans zur Steigerung der Geburtenrate im Land, Drucksache 6/6819.
- [64] Taz, 17. 9. 2014 www.taz.de/!5033115
- [65] Tagesspiegel, 13. 3. 2016 www.tagesspiegel.de/berlin/landesparteitag-in-berlin-afd-generelles-kopftuchverbot-an-universitaeten-und-schulen/13314698.html
- [66] Entwurf des AfD-Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017, S. 17.
- [67] a. a. O., S. 16.
- [68] ebd.
- [69] Gauland am 6. 1. 2017 www.alternativefuer.de/gauland-drohungen-und-sanktionen-gegen-russland-schaden-nur-uns-selber

- [70] Die Zeit, 14. 9. 2017 www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/afd-alexander-gauland-nazi-zeit-neubewertung
- [71] Bundestagswahlprogramm der AfD 2017, Seite 65 ff.
- [72] Ebd., Seite 66
- [73] Vgl. www.klimafakten.de/meldung/was-sagt-die-afd-zum-klimawandel-was-sagen-andere-parteien-und-was-ist-der-stand-der
- [74] Ebd.
- [75] Bündnis Aufstehen gegen Rassismus
www.aufstehen-gegen-rassismus.de
- [76] www.aufstehen-gegen-rassismus.de/kampagne/stammtischkaempferinnen
- [77] Mit unserer Kampagne »Das muss drin sein« gehen wir das konkret an und versuchen Druck von unten aufzubauen.
Mehr Informationen dazu:
www.die-linke.de/mitmachen/kampagnen

Impressum

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
partei.vorstand@die-linke.de

V.i.S.d.P. Harald Wolf

Stand: April 2018

www.die-linke.de